

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile ober deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17.

Dienstag den 21. Januar 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag. *)

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 18. Januar 1902.

Der zweite Tag der Debatte über die Arbeitslosigkeit stand an Interesse dem ersten nicht nach. Die grundverschiedenen Anschauungen über unsere sozialen Verhältnisse, die im Reichstage vertreten sind, traten dabei klar in die Erscheinung. Den Anfang machte Graf Kanitz, der heute den dritten Theil seiner Rede an eine Empfehlung des Zolltarifs, höherer Kampfzölle gegen Amerika und Klagen über das Unwesen der Syndikate widmete. Seine sozialpolitischen Anschauungen waren höchst bedenklicher Natur. Eine Verpflichtung des Reiches und der Einzelstaaten, für die Arbeitslosen zu sorgen, wollte er nicht anerkennen und den Kommunen, d. h. der Armengesetzgebung allein die Pflicht der Fürsorge auferlegen. Sogar gegen eine Zentralisation der Arbeitsnachweise sprach er sich aus, aus Furcht vor vermehrtem Abfluß der ländlichen Arbeiter von dem platten Lande. Natürlich ist der Agrarphilosoph ein Gegner der Arbeitslosenversicherung mit Unternehmerbeiträgen. Das einzige Mittel, das er empfahl, war die Empfehlung an die Arbeiter in den Zeiten der guten Konjunktur schon den Hungerriemen schärfer anzuspinnen und durch größere Sparfamkeit sich für die schlechteren Zeiten vorzubereiten. Vermehrte Sparfamkeit für die Arbeiter heißt aber nichts anderes, als Einschränkung ihrer Konsumtion und damit Beschleunigung des hereinbrechens einer Krise. Der nationalliberale Redner, Abg. Hofmann-Dillenburg hielt sich von solchen thörichten Rathschlägen frei. Er erkannte die Nothwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Krise offen an, dagegen stand er dem Gedanken einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung unter Ablehnung an die Berufsgenossenschaften sympathisch gegenüber. Nach einer angeleglichen Verhöhnung, die der sächsische Bundesbevollmächtigte Graf Hohenthal an die getrigge Behauptung Zubeils knüpfte, daß der sächsische Eisenbahnstrikas Arbeiter entlassen habe, trug Herr Gamp von der Stumm'schen Reichspartei seine persönlichen Anschauungen vor. Erst schillerte er sehr arbeiterfreundlich und erntete selbst ein „sehr richtig!“ bei unseren Genossen, als er das Verhalten der freisinnigen Mehrheit im Stadtparlament zu Frankfurt a. M. den Arbeitslosen gegenüber scharf kritisierte. Die Theilnahme von Vertretern der Arbeiterorganisationen bei der Feststellung der Arbeitslosigkeit hielt er für erforderlich und würdigte auch die Thätigkeit der Gewerkschaften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Pferdefuß kam aber bald zum Vorschein. Laut jammerte er über die Drangsalirung der Arbeitgeber durch die Arbeiterchutzgesetzgebung und empfahl die Beschränkung der Freizügigkeit. Das trug ihm eine scharfe Abfertigung seitens des Grafen Posadowsky ein. Mit einer Entschiedenheit, wie sie vom Ministertisch noch nicht gehört worden ist, bezeichnete er es wiederholt als vollkommene Utopie, Reformen der Armengesetzgebung zu einer Beschränkung der Freizügigkeit zu benutzen. Die Erklärung klang so energisch, daß Graf Posadowsky selbst in unseren Reihen Beifall fand. Die zwei Redner, die weiter noch das Wort nahmen, der freisinnige Abg. Lenzmann und der agrarische Hahn konnten das Haus nicht besonders interessieren. Herr Lenzmann sprach in flachstem Ton über die Krise und schlug die Harmoniepunkte, Herr Hahn pries die Bismarcksche Wirtschaftspolitik und benutzte den Vorschlag einer Arbeitslosenversicherung, um daraus zu folgern, daß dann auch ein direkter Arbeitszwang ausgesprochen und die Arbeiter zwangsweise auf's platte Land geschickt würden. — Am Montag geht die Berathung weiter. Vorher wird der Arendtsche Antrag, der die Regierung erjucht, in dem Nachtragsetat die Mittel für die Kriegsinvaliden bereitzustellen, vermutlich sehr rasch erledigt werden.

121. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky.

Die Besprechung der Interpellation Albrecht und Genossen betr. Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit wird fortgesetzt.

Graf Kanitz (R.): Die Arbeitslosigkeit ist auf keinem Gebiete so umfangreich wie in der Eisenindustrie. — Der Umfang der jetzigen Arbeitslosigkeit wird ganz kolossal übertrieben. Im Dezember 1895, also in Zeiten der aufsteigenden Konjunktur, waren 771 000 Arbeitslose gezählt, und nicht 500 000, wie Herr Zubeil sagte. Sehr schwer ist auch festzustellen, wie groß die Zahl der Streikenden ist. Die Sozialdemokraten wollen doch nicht etwa eine staatliche Unterstützung auch für Streikende haben? (Abg. Singer: Jawohl!) Unter die Zahl der Arbeitslosen werden auch diejenigen Personen gezählt, die nie arbeiten; an gewerkschaftigen Landstreichern wird es in Deutschland allein ca. 200 000 geben. Ich gebe aber gern zu, daß es ein bedauerlicher Zustand ist, wenn so viele menschliche Arbeitskräfte brach liegen. Eine Verpflichtung des Staates oder der Einzelstaaten für die Arbeitslosen zu sorgen, kann ich nicht anerkennen.

*) Anmerkung der Redaktion: Der Schluß des Berichtes über die Verhandlungen am Freitag befindet sich in der Beilage.

Der jetzige Zustand ist herbeigeführt worden durch die Entwicklung der Großindustrie auf Kosten der Kleinindustrie und der Landwirtschaft. Die Kommunen, die von dieser Entwicklung den größten Vortheil gehabt haben, werden dabei in erster Linie eingezogen haben. Anders ist es natürlich, ob der Staat, wenn dazu ein Bedürfnis vorliegt, für vermehrte Arbeitslosigkeit zu sorgen hat. So habe ich es mit Freunden begrüßt, daß der Eisenbahnminister gerade jetzt eine große Anzahl Eisenbahnwagen und Lokomotiven in Auftrag gegeben hat. Herr Zubeil hat gestern von der schädlichen Wirkung der Syndikate gesprochen, leider nur sehr nebenbei. Das Kohlenyndikat hat in Zeiten der Kohlennoth die Kohlenpreise nicht etwa herabgesetzt, sondern die Produktion sogar noch eingeschränkt. (Hört! Hört!) Ja in Bächen, die freiwillig noch weniger produzierten, wurde noch eine Entschädigung von 1 Mark per Tonne gezahlt. (Hört! Hört!) Auch die hohen Dividenden, die die Kohlenyndikate zahlen, stehen mit den Klagen über die Arbeitslosigkeit in auffälligem Kontrast. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ebenso wie das Kohlenyndikat hat es das Kotschyndikat und das Eisenyndikat gethan. Und diese Syndikate werden noch staatlich unterstützt. So wird der Bedarf an Kohlen für die rheinisch-westfälischen Böhnen beim Syndikat gedeckt, das den Preis vom Jahre 1893 bis heute von 7,50 Mark bis 10,82 Mark per Tonne hinaufgetrieben hat. (Hört! Hört!) Weßhalb bezieht der Eisenbahnminister den Kohlenbedarf nicht von nicht syndikatisirten Bächen? Ich wende mich nun zu den Vorschlägen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. — Eine Arbeitslosenversicherung, für die auch die Unternehmer zahlen, ist schwer durchführbar. Man kann weder vom landwirtschaftlichen Unternehmer noch vom landwirtschaftlichen Arbeiter verlangen, daß er für eine solche Versicherung, die für ihn gar keinen Werth hat, Beiträge zahlt. Unsere Industrie senkt heute schon unter den Lasten, die ihr die sozialpolitische Gesetzgebung auferlegt. Viel annehmbarer erscheint mir dagegen, daß man die Arbeiter auf vermehrte Sparfamkeit in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs hinweist. — Wir wollen gern das unfrische thun, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Das wirksamste Mittel erblicken wir in dem Schutz der deutschen Arbeit. Deshalb legen wir das Hauptgewicht auf das Zustandekommen des neuen Zolltarifs. (Sehr richtig! rechts.) Der französische und der amerikanische Arbeiter weiß auch bereits, was für ihn der Schutz der heimischen Produktion zu bedeuten hat. Wir wollen diesen Schutz und sind daher die besten Freunde der Arbeiter. (Lachen bei den Soz.) Diejenigen, die den Zolltarif zu Fall bringen wollen, sagen den Akt ab, auf dem sie sitzen. (Lachen links, Bravo! rechts.)

Hofmann-Dillenburg (RS): Der Nothstand, der jetzt besteht, beschränkt sich auf einzelne Industriezweige und auf bestimmte Orte. — Ich bin der Meinung, daß Krisen immer wiederkehren werden und daß wir gegen dieselben machtlos sind. Eine gewisse Verpflichtung des Staates, dafür zu sorgen, daß die in Folge der Krise arbeitslos gewordenen Arbeiter Beschäftigung finden, erkennen wir an. Zunächst müssen natürlich die ausländischen Arbeiter zu Gunsten der deutschen zurücktreten. Herr Zubeil bezeichnete die ausländischen Arbeiter als Lohnbrüder. In vielen Fällen trifft dieser Vorwurf aber nicht zu. — Ein Arbeitsministerium steht mit der Verfassung im Widerspruch. Dagegen halte ich eine fortlaufende Statistik über die Verhältnisse des Arbeitsmarkts und der Arbeiter für wünschenswert. Ebenso befinde ich mich mit Herrn Hize in der Forderung eines zentralisirten Arbeitsnachweises in Uebereinstimmung. Der Frage einer Arbeitslosenversicherung durch das Reich können wir erst näher treten, wenn die dazu nöthigen statistischen Unterlagen beschafft sind. Der Gedanke einer obligatorischen Arbeitslosenunterstützung in Ablehnung an die Berufsgenossenschaften ist mir durchaus sympathisch. (Rebner bleibt im Weiteren auf der Tribüne unverändert.)

Sächsischer Bundesrathbevollmächtigter Graf von Hohenthal verliest eine Depesche des sächsischen Finanzministers von Wagdorf, wonach Entlassungen von sächsischen Eisenbahnarbeitern, entgegen der Behauptung des Abg. Zubeil, nicht stattgefunden haben. — Bei dieser Gelegenheit will ich erwähnen, daß einer großen sächsischen Maschinenfabrik von der Regierung ein großer Auftrag in Lokomotiven erst erteilt wurde, nachdem dieselbe sich bereit erklärt hatte, sämtliche entlassenen Arbeiter wieder einzustellen.

Gamp (Rp.): Ich habe mich über die ruhige und sachliche Art gefreut, mit der Herr Zubeil die Interpellation begründete. Seine Ausführungen standen in wohlthuendem Kontrast zu der gehässigen Art, mit der sonst die Sozialdemokraten über die Arbeiter sprechen. Von vornherein möchte ich betonen, daß ich hier nur meine persönlichen Anschauungen vertreten werde. Ich bin mit Herrn Zubeil durchaus darin einverstanden, daß bei der Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit Vertreter der Arbeiterorganisationen hätten gehört werden müssen. Daß die Arbeitslosigkeit thatsächlich in großem Umfang vorhanden ist, leugnet auch die preussische Regierung nicht. Hr. Zubeil wies auf die Zustände in Frankfurt a. M. hin. Wenn aber die dortige freisinnige Mehrheit im Stadtparlament ihre Pflicht gethan hätte, wäre es zu den Krawallen nicht gekommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß das statistische Bureau ausgebaut wird, ist sehr zu begrüßen. Die erste Aufgabe muß natürlich die Fürsorge für die jetzigen Arbeitslosen sein. Ob man gethun wird, jetzt alle vorhandenen Aufträge der Industrie zuzuwenden, auf die Gefahr hin, daß im nächsten Jahre gar keine Aufträge mehr vorhanden sind, halte ich für sehr zweifelhaft. Herr Gothein hat auch vom Kanal gesprochen. Zum Kanalbau wird man doch aber Italiener verwenden müssen. Die Leistungen der Arbeitervereine für die Arbeitslosen erkenne ich durchaus an. Aber auf diesem Wege kann die Frage nicht gelöst werden. Ueberhaupt ist die Frage der Arbeitslosenunterstützung eine sehr schwierige. Dagegen könnte vielleicht etwas für die Organisation des Arbeitercredits gethan werden. Was die Ursachen der Arbeitslosigkeit anlangt, so steht zweifellos die Entwicklung der Industrie in erster Linie. Auf dem platten Lande gibt es keine solchen Krisen. Eine weitere Schuld an der industriellen Krise trägt die Drangsalirung der Arbeitgeber. Gerade die tüchtigsten Arbeitgeber haben sich allmählich vom Geschäft zurückgezogen, da sie der ewigen Redensarten von „Ausbeuten“ u. s. w. gründlich satt waren. Die vielen Bestimmungen des Arbeiterschutzes machen den Arbeitgebern die

Erfüllung ganz unmöglich. Herr Zubeil gab die Schuld der Krise der Anarchie in der Produktion. Eine gewisse Anarchie muß bestehen, weil der Bedarf immer wechselt. Die Regelung der Produktion muß Sache der Hersteller sein. Sehr gewundert habe ich mich über eine Aeußerung des Abg. Gothein, daß in einer großen Zahl schlesischer Kreise die Chausseuren überflüssig seien. Das sind ja ganz antichristliche Ansichten. Doch ich gebe zu, daß viele Chausseuren überflüssig werden, wenn Kanäle gebaut werden. Die Landwirtschaft nimmt ihre Arbeiter auf dauernde Arbeit an und schließt daher Jahreskontrakte. (Zuruf b. d. Soz.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen, die den Redner stören.

Gamp (Rp.): Mich stören die Zwischenrufe nicht. (Heiterkeit.) Vielleicht ließe sich auch für die gewerblichen Arbeiter dreimonatliche Kündigungskräfte einführen. Zur Verminderung der Arbeiterkonzentration in den großen Städten sollte die Eisenbahnverwaltung ihre Werkstätten auch auf dem platten Lande und in kleinen Städten errichten. Vor allen Dingen aber müssen, um den Arbeitern bessere Löhne gewähren zu können, die Produktionsverhältnisse der Arbeitgeber geistigt werden. Nur ein Schutz der nationalen Produktion vor der ausländischen Schleuderkonkurrenz vermag Abhilfe zu bringen. Es kommt an auf den Abschluß von Handelsverträgen, die die Mehrheit des Reichstages für sich haben. In diesem Sinne sage ich: „Doppelt giebt, wer schnell giebt.“ (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bitte, mir die Bestimmung der Reichsverfassung zu zeigen, auf Grund deren das Reich positiv mit Nothstandsdarlehen einschreiten könnte. Das Reich kann nur innerhalb seiner Ressorts beschleunigte Aufwendungen machen. Wenn Sie geneigt sind, sofort eine wesentliche Verstärkung unserer Flotte durchzuführen (Lachen links) und uns gleichzeitig die Steuern zu präsentiren, aus denen diese Flottenverstärkung zu bezahlen ist, dann könnten wir uns vielleicht überlegen, ob wir einem solchen Antrage stattgeben könnten. Aber solche Anträge, die zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehören, dem Reich zukommen, ist vollkommen unverständlich. (Abg. Gamp: Habe ich nicht gethan.) Gewiß, Herr Gamp, das haben Sie gethan, und ein Abgeordneter ist verantwortlich für das, was er vorschlägt. Wenn man der Reichsregierung Vorwürfe macht, muß man sie besser begründen, wie der Abg. Gamp. (Sehr richtig! links.) Auch mit seiner Besprechung der Armengesetzgebungsreform befindet sich Herr Gamp vollständig im Irrthum. Es wird innerhalb des preussischen Ministeriums des Innern über die Reform der Armengesetzgebung verhandelt. Es ist aber selbstverständlich, daß eine solche Reform dem Hause in dieser mit Arbeit überlasteten Session nicht mehr vorgelegt wird. Wenn Herr Gamp aber glaubt, daß dadurch die Freizügigkeit beschränkt werden könne, so ist er vollkommen im Irrthum. Es handelt sich nur darum, die Großstädte gegenüber dem platten Lande in gerechterer Weise zu den Armenlasten betheiligen, aber der Arbeiter muß in seiner freien Bewegung unbeschränkt sein. Das betragt sich nicht mehr mit unseren sozialpolitischen Auffassungen und wäre ein ganz ungeeigneter Versuch mit vollkommen untauglichen Mitteln. (Beifall b. d. Soz.) Man muß vielmehr die Landwirtschaft in die Lage versetzen, ihre Arbeiter besser zu bezahlen. Herr Gamp fordert eine scharfere Auslegung des § 16 der Gewerbeordnung. Wir können aber Gelege aber nicht schändlich auslegen. Noch einige Worte über Frageart a. M. Der Regierungspräsident von Weisbaden hat mir unter dem 16. Januar einen Bericht erstattet, in dem es heißt: „In den Arbeiterverhältnissen ist keine Veränderung eingetreten. Die milde Witterung ermöglicht den Fortgang aller Bauarbeiten. Das Beilagen der Sozialdemokraten, daß die Stadt sofort größere Summen für Nothstandsarbeiten bewillige, ist von beiden sächsischen Köperschaften einstimmig zurückgewiesen worden. Die ganze Lage giebt zu ersten Besorgnissen keinen Anlaß.“ Dasselbe hat auch der Oberpräsident von Westpreußen berichtet. Die bairische Regierung berichtet, daß trotz der Verschlechterung in einzelnen Industriezweigen zu besonderen Befürchtungen wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit kein Anlaß gegeben ist. Man muß sagen, daß in einer Reihe von Industrien die Verhältnisse nicht normal sind, und daß für Reichsbehörden wie Kommunen die Verpflichtung besteht, alles an Arbeitslosigkeit zu beschaffen, was sich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel beschaffen läßt. Von einem allgemeinen Nothstand kann dagegen keine Rede sein. Man sollte im Interesse der Arbeiter die Zustände nicht düsterer malen, als sie wirklich sind. (Beifall.)

Lenzmann (Sp.): Abg. Fischbeck wird am Montag auf die gegen ihn erhobenen Angriffe antworten. Na der bestehenden Arbeitslosigkeit, die niemand wegzulegen kann, haben Momente mitgewirkt, vor denen wir seit langem gewarnt haben. Die Krise begann mit den Baustopps. Auch die Syndikate haben zur Verschärfung der Krise beigetragen, besonders das Kohlen- und Eisenyndikat. Die hauptsächlichste Ursache der Krise ist aber die schwankende Politik der Regierung. Eine Probe von der schwankenden Politik haben wir ja erst wieder bei der Kanalvorlage gesehen. Mit einer solchen Politik löst man keinen Hund vom Dorn. (Sehr richtig! links.) Die Sozialdemokraten thun immer so, als wenn die Industriellen so herzlos wären. Ich kenne eine große Anzahl Betriebe in meiner Heimath, die in diesem Augenblick ohne lothende Aufträge noch Tausende von Arbeitern beschäftigen. Die Herren der äußeren Platen (Heiterkeit) verständigen sich an der Arbeitslosigkeit, wenn sie einen Gegenlag konstruiren zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Welche Maßregeln sind nun zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Das Reich kann in der That nichts durchgreifendes thun. Die Berichte, die Graf Posadowsky erhalten hat, entsprechen aber doch nicht ganz den Thatigkeiten. So hat die Eisenbahnverwaltung zur Zeit der Arbeitslosigkeit Entlassungen vorgenommen. Heute wird im Landtag das Aktienbetriebs Unglück verhandelt. Auf dieser Strecke wurde die Zahl der Wochenarbeiter von 23 auf 16 vermindert. Als einen Tag vor dem Unglück der Kronprinz dieselbe Strecke fuhr, wurde die Zahl auf 23 vermehrt. Ist das Leben des Kronprinzen der Eisenbahnverwaltung werthvoller, als das jedes anderen Menschen? — Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist sehr schwer zu lösen.

Kassirer des Fisch-Dunderschen Gewerkevereins ca. 1000 Mk. unterschlagen hatte, zu 6 Monaten Gefängnis. — Auf der Flensburg-Seefer Bahn stieß Sonnabend früh ein Personenzug auf einen Güterzug, der auf einem Nebengleise hielt. Ein Lokomotivführer und ein Heizer wurden getötet. Passagiere wurden glücklicherweise nicht verletzt. — Aus Embühren bei Rendsburg kommt die Kunde von einem bedauerlichen Unglück. Als der Hofbesitzer Kühl mit dem Dreschen beschäftigt war und seine Pferdebrechmaschine etliche Male leer laufen ließ, um sie zu reinigen, halgten sich die Knechte und Mägde auf dem Boden. Ein Mädchen wollte die offene Bodenlücke überspringen und sprang dabei zu kurz. Es stürzte hinab auf die im Gang befindliche Maschine und verlor auf der Stelle ein Bein. Dasselbe wurde vollständig abgerissen und das andere stark gequetscht. Die Bedauernswerthe wurde sogleich in das Rendsburger Krankenhaus gebracht, wo sie inzwischen verstorben ist. — Fast alle Bürgervereine im hamburgischen Staate haben sich gegen die Uebertreibung der projektirten Vorortsbahn an private Gesellschaften ausgesprochen. Der allgemeine Wunsch geht dahin, daß dieses Unternehmen ein staatliches werden möge. — Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag Nachmittag im Ausbau der Eisenbahn-Zentralwerkstatt in Harburg, welcher von der Firma G. Meyer & Co. ausgeführt wird. Der Arbeiter J. Pätow war oben auf dem eisernen Dachbinder beschäftigt, welcher mit starken Tauen befestigt war, als der heftige Sturm den Dachbinder zum Einsturz brachte. P. wurde unter den Trümmern begraben und so schwer verletzt, daß ihm ein Bein amputirt werden mußte. — Fälschlich todtgelagt ist, nach einer Meldung aus Bremerhaven, der Koch Hüpper vom gestrandeten Fischdampfer „Secundant.“ Der Mann

soll sich vielmehr den Umständen nach ganz wohl befinden. Ob eine Amputation der erfrorenen Glieder absolut notwendig sein wird, soll noch nicht entschieden sein. **Bremer.** Ein fideles Gefängnis. Vor der Strafkammer standen vier Angeklagte, die in der Strafanstalt in Oslebshausen Geschichte aufgeführt haben, die lebhaft an den Streich erinnern, den May und Moritz bei der seligen Wittve Wolte ausgeübt haben. Der Maurer Rodepeter, der Schlosser Tenhoff und der Kellner Donath hatten, Jeder in seiner Zelle, ihre Strafe abzusitzen, als sie oben auf dem Dache den Schieferdecker arbeiten hörten. Das war möglich, weil von jeder Zelle ein Luftschacht zum Dache führt. Sie riefen den Dachdecker an und führten zuerst gleichgültige Gespräche mit ihm. Bald aber verständigte man sich darüber, daß Lude, der Schieferdecker, den Gefangenen hinuntergepebirt, worauf er in der Anstalt angefertigte Sachen, hauptsächlich — Korsets, nach oben zog. Dieses sonderbare Geschäftsverfahren hat Tenhoff ein Jahr Zuchthaus, Rodepeter und Donath je sechs Monate Gefängnis und dem Handwerksmann auf dem Dache zwei Monate Gefängnis eingetragen. **Bremerhaven.** Das Hafensinspektorat ist am 15. Januar ins Leben getreten. Seine Befugnisse sind durch folgende Senatsverordnung bestimmt: Dem Hafensinspektor für die Häfen Bremerhavens liegt die Fürsorge für den Schutz der Hafenarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit derselben nach Maßgabe der ihm vom Senate zu ertheilenden Anweisungen ob. Der Hafensinspektor ist befugt, wenn seines Erachtens durch mangelhafte Betriebs-einrichtungen oder aus sonstigen Gründen eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter besteht, die

zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen zu treffen und nöthigenfalls die Arbeit bis zur Befolgung seiner Anordnungen zu untersagen. Dem Hafensinspektor ist jederzeit der Zutritt zu gewähren: zu allen Schiffen, die in den Häfen, einschließlich der Vorhäfen, oder längs der Westseite westlich von der Lloydhalle liegen; zu allen an den genannten Wasserflächen belegenen Arbeitsstätten, von welchen Waaren ins Schiff abgesetzt werden. Wer den vom Hafensinspektor innerhalb seiner Zuständigkeit getroffenen Anordnungen keine Folge leistet oder dem Hafensinspektor den Zutritt zu den im § 3 genannten Schiffen oder Arbeitsstätten verweigert, wird, sofern er nicht nach anderen Strafvorschriften eine höhere Strafe verwirkt hat, mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft. — Auch in Lübeck wäre ein solches Hafensinspektorat sehr am Platze. Die verschiedenartigsten Mißstände im Hafen zwingen förmlich zur Errichtung eines solchen. Möge sich deshalb der Lübecker Senat an dem Vorgehen der Bremer ein Beispiel nehmen. **Ernter Marktpreise vom 18. Januar.** Bauern-Butter 1,05 Mk., Meierei-Butter 1,15 Mk., Haler Stk. 3 30 Mk., Enten Stk. 3.— Mk., Hühner Stk. 1,80 Mk., Küter Stk. 1,60 Mk., Tauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,65 Mk., Fildgans 3.— Mk., Schweinestopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 85 Pfg., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 6 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Biter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1.— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barfische Pfd. 60 Pfg., Kal Pfd. 1.— Mk. **Sternschau-Biehmarkt.** Hamburg, 18 Januar. Der Schweinehandel verlief flau. Rauefähr war 1890 Stk., davon vom Nothe. — von Säden — Stk. Prehe: Sengschweine — Mk. Berlandtschweine schwere 59—60 Mk., leichte 58—60 Mk., Sauen 50—57 Mk., unkerfel 55—59 Mk. dr 100 Pfd.

Meinem Freunde C. Thesenvitz in der Königsstraße zu seinem 27. Weigenfeste ein dankendes Hoch. Sein Freund C. J.

Lüchtige Verzinner
für Hochglanz-Fettverzinnung
werden von einer Fabrik für Kochgeschirre bei Berlin per sofort gesucht.
Angebote unter Angabe der Eintrittszeit, Alter etc. an die Exped. d. Bl.

Feine Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet. Breichstraße 13, part.

Nordhäuser Kantabak
aus der
Arbeitergenossenschaft
empfiehlt
H. Grube
Glockengießerstraße 67.
Unter bürgerl. Mittagstisch, 50 Pfg.
Ludwigstr. 38.

Leere Farbetonnen
Friedr. Meyer & Co.

General-Versammlung
der Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse
der Zimmerer
E. S. Nr. 22 Hamburg
am Dienstag den 21. Januar 1901
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Jahres-Abrechnung von 1901.
2. Aufstellung eines Kandidaten zur General-Versammlung und Anträge zu derselben.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Verein deutscher Schuhmacher.
Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag den 21. Januar
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Wegen wichtiger Angelegenheiten ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Central-Verein der Böttcher.

Der Sammlung
am Mittwoch den 22. Januar
Abends 8 1/2 Uhr
bei F. Lecke, Lederstrasse 3.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Vizepräsident: Hauptvorsitzender C. Winkelmann-Brünn.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag den 21. Januar beginnt unser

Inventur- u. Reste-Ausverkauf.

Als besonders preiswerth empfehlen wir:
Schwarze und farbige Kleiderstoff-Schürzen-Handtücher-Hemdentuch-Lakenleinen-Gardinen-Unterröcke, Kinderschürzen, Achselschürzen, Wäsche, Cravatten, Handschuhe, Ein Posten Tisch- u. Gläsertücher, Ein Posten Normal-Unterzeuge, Ein Posten Socken u. Strümpfe, Ein Posten Lodenjoppen.

Sämmtliche Artikel sind extra ausgelegt und werden zu fabelhaft billigen Preisen abgegeben.
Günstige Gelegenheit für Einkäufe zur Confirmation.

Bahr & Umlandt
31 Breitestraße 31.

Alte Buttermilch u. Rindstänche zu Schweinefutter
kann zu demselben Preise wie in der Meierei abgenommen werden in unseren Filialen:
Parade Nr. 8 und bei Klempnermeister Kurth in Stockelsdorf.
Auch wünschen wir noch vor dem Abgange in der Nähe der Heinrichstraße und dem Mühlen-thor Abgabestellen zu errichten. (Unter Bedienung.)
Hansa-Meierei.

Socialdemokratisches Reichstags-Handbuch
von Max Schippel, Mitglied des Reichstags.
Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der deutschen Reichspolitik.
Für Jedermann unentbehrlich.
Erscheint in ca. 35 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Im Verlage der Franckh'schen Verlagshandlung, Stuttgart, erscheint:
Behse's Illustrierte Geschichte des preussischen Hofes
des Adels und der Diplomatie vom großen Kurfürsten bis zum Ende Kaiser Wilhelms I., fortgesetzt von Behse redigirt.
Einzige umfangreiche, bis zur neuesten Zeit fortgeführte und unabhängig geschriebene Geschichte des preussischen Hofes.
In 30 Hefen zu 50 Pfg. oder gebunden in 6 Abtheilungen à M. 2,50, oder nach Erscheinen in 2 kleinen Geschenkbanden geb. M. 18,50 (auf Wunsch gegen Monatsraten zu M. 2.— bis M. 3.—)
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.



Prinzessin Elise Robitzki, Jugendliebe Kaiser Wilhelms I.

Ihren reinigen 1,50
Federn einsehen 1,50
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Südstraße 32.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hülfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**
(Zahlstelle Lübeck)
Der Sammlung
am Dienstag den 21. Januar
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
Aufnahme neuer Mitglieder.
Abrechnung vom 4. Quartal 1901.
Kartellbericht.
Fragekasten.
Berichtbezeugen.
Die Ortsverwaltung.

Gesangverein
„Eintracht“
= BALL =
am Sonntag den 26. Januar
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Einführung gestattet.
Das Festcomitee.

Circus Variété
Nur bis Sonntag
= 12 Gastspiele =
Mr. Apollon.
Gibt ein Tandem mit 3 lebenden Personen.
Tcherpanoff
8 Personen, Russ. Troupe.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
(Alle Billets sind gültig)
Mittwoch: Barforce-Vorstellung.
Sonntag:
Letzte Vorstellung dieser Serie.

Stadt-Theater.
Dienstag den 21. Januar. Anfang 7 Uhr.
94. Abon.-Vorst. 113. Vorst. 16. Dienstag-Ab.
Ehrenabend für Herrn Clarence Withehill
von der Opera comique in Paris.
Mit gänzlich neuer Ausstattung an Decorationen,
Couturen und Requisiten.
Zum 2. Male:
Carmen.
Mittwoch den 22. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr.
95. Abon.-Vorst. 114. Vorst. 16. Mittwoch-Ab.
Zum 3. Male:
Unser Pflegevater.
Lustspiel in 3 Akten von Franz Gottschied.
Donnerstag den 23. Januar. Anfang 7 Uhr.
Gastspiel des Herrn Aloys Pennarini
vom Hamburger Stadttheater.
Götterdämmerung.